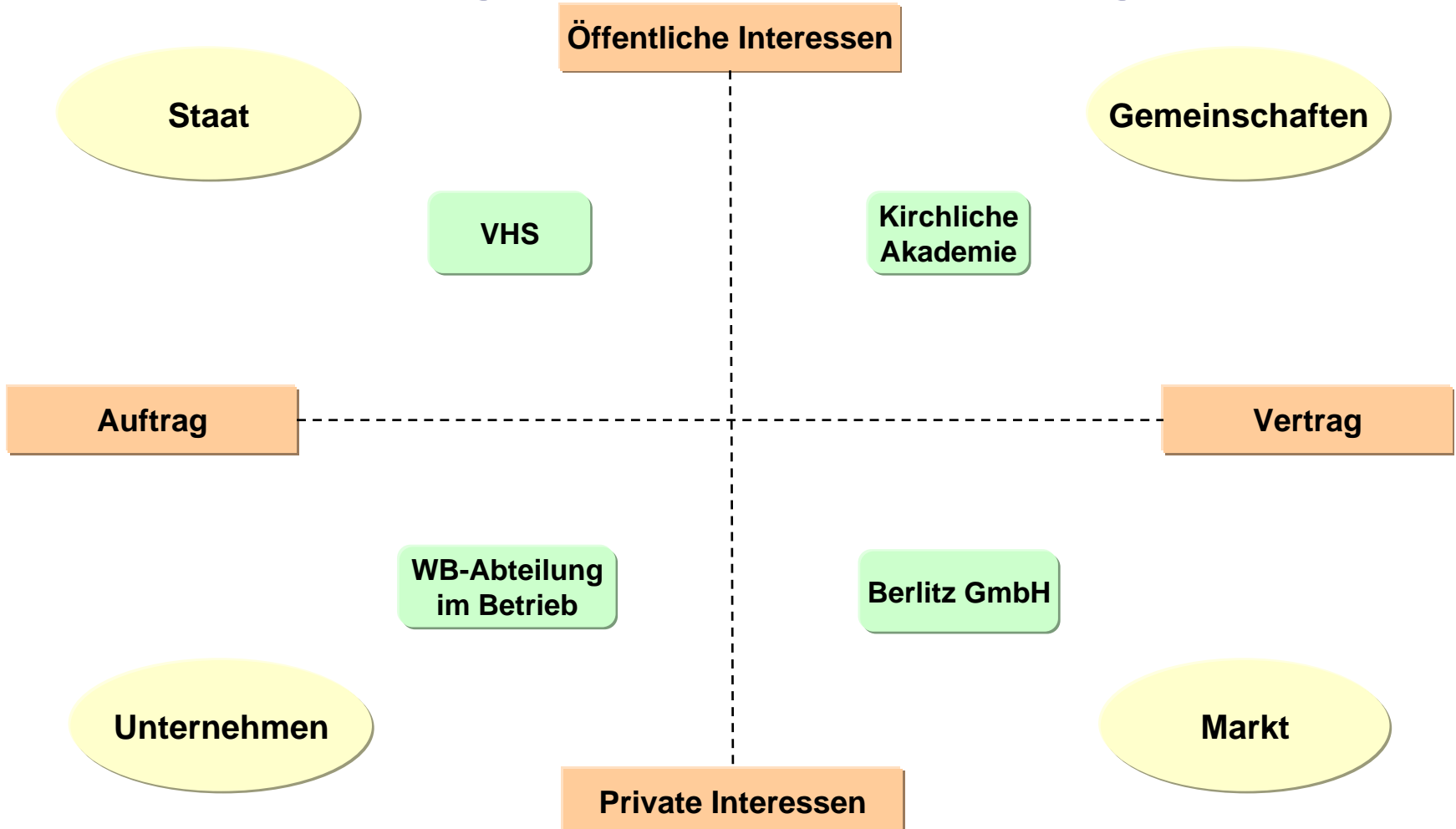




Öffentliche Verantwortung -  
Öffentliche (Mit-) Verantwortung -  
Öffentliche Verantwortungslosigkeit  
in der Erwachsenen- und  
Weiterbildung



## Beschaffung von Ressourcen und Legitimationen durch Organisationen der Weiterbildung





# Worin besteht die öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung?

## Weiterbildungsförderungsgesetz Baden Württemberg

- § 1 (1) Die Weiterbildung ist ein eigenständiger, mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter Teil des Bildungswesens. Die Förderung und Entwicklung eines breitgefächerten und flächendeckenden Bildungsangebotes in der Weiterbildung ist eine öffentliche Aufgabe.
- § 2 (5) Gemeinden und Landkreise fördern die Erwachsenenbildung in Ausführung von Artikel 22 der Landesverfassung, insbesondere durch die Errichtung und Unterhaltung von Volkshochschulen und kommunalen Bibliotheken. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Aufgabe der Gemeinden und Landkreise.



## Was geschieht, wenn die Landesförderung (weiter) verringert wird?

- Privatisierung und Kommunalisierung der Weiterbildungsfinanzierung (Konflikt mit dem Weiterbildungsförderungsgesetz)
- Kommerzialisierung der Weiterbildung
- Gefährdung des Gesetzauftrages für ein flächendeckendes Angebot?
- Verschärfung der sozialen Selektivität?



# Kürzung der Landesförderung = Kommerzialisierung der Weiterbildung

Tabelle 12.3: Teilnahmefälle nach Trägergruppen bei der allgemeinen Weiterbildung im Bundesgebiet 1991 - 2000 <sup>1)</sup>

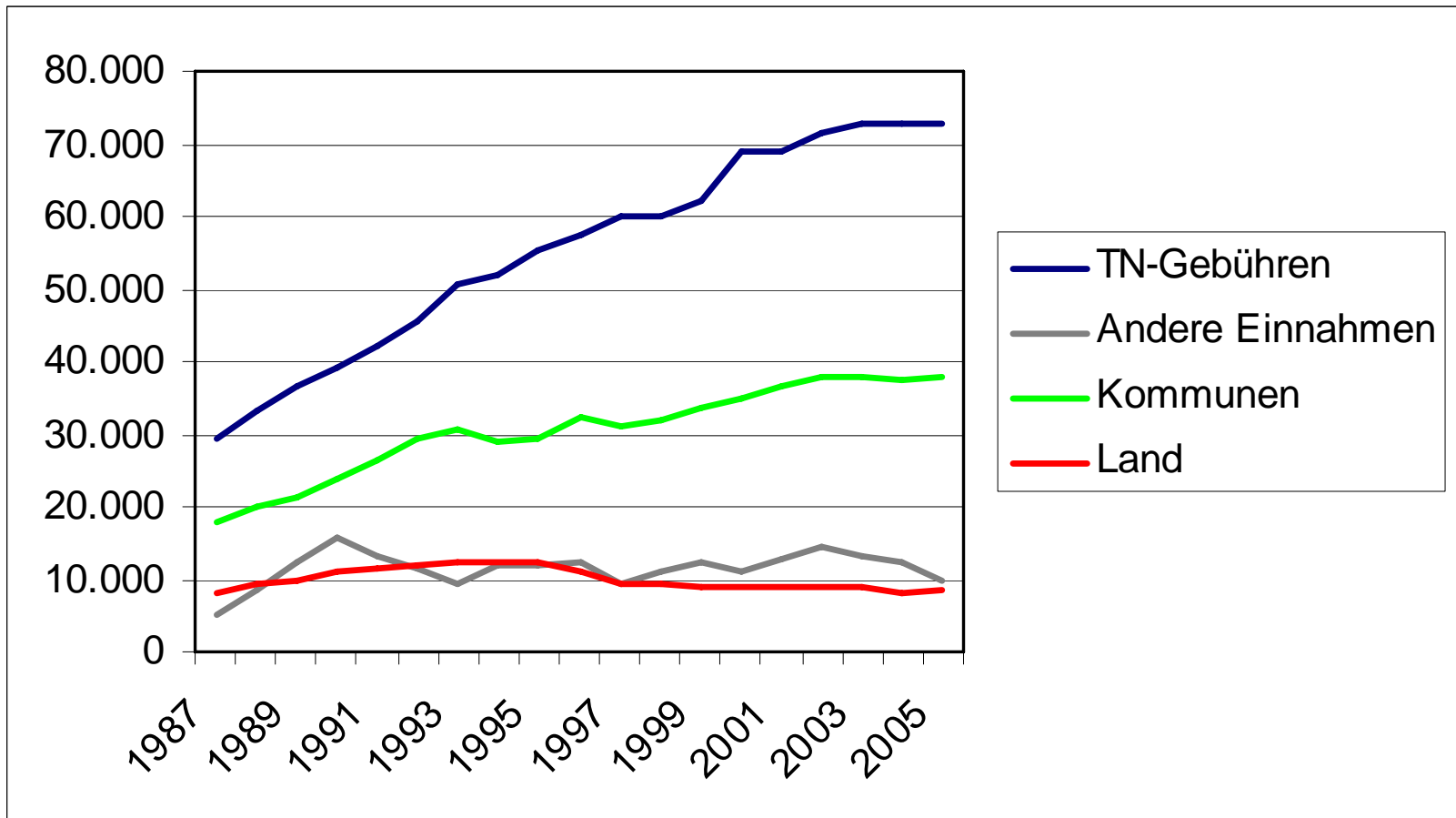
Träger	Anteilswerte in %			
	1991	1994	1997	2000
Volkshochschulen	24	28	29	27
Private Institute	12	9	11	11
Verbände (nicht Berufsverbände)	9	8	10	9
Arbeitgeber/Betriebe	7	7	7	9
(Fach-) Hochschule	4 <sup>2)</sup>	5	5	6
Kirchliche Stellen	8	8	6	5
Nicht-kirchliche Wohlfahrtsverbände	5	5	6	4
Akademie <sup>2)</sup>	3	3	3	3
Berufsverband <sup>2)</sup>	2	2	2	3
Partei, parteinahe Stiftung	2 <sup>2)</sup>	2 <sup>2)</sup>	1 <sup>3)</sup>	2 <sup>2)</sup>
Gewerkschaft	2 <sup>2)</sup>	2 <sup>2)</sup>	1 <sup>3)</sup>	2 <sup>2)</sup>
Sonstige vorgegebene Träger <sup>3)</sup> (z.B. Arbeitgeberverband, Fernlehrinstitut, Kammer, Berufsgenossenschaft, Urania)	5	5	7	5
Sonstige nicht vorgegebene Träger	14	15	9	8
Keine Angabe	1	0	3	7
Summe	98	99	99	100

Quelle: Berichtssystem Weiterbildung VIII



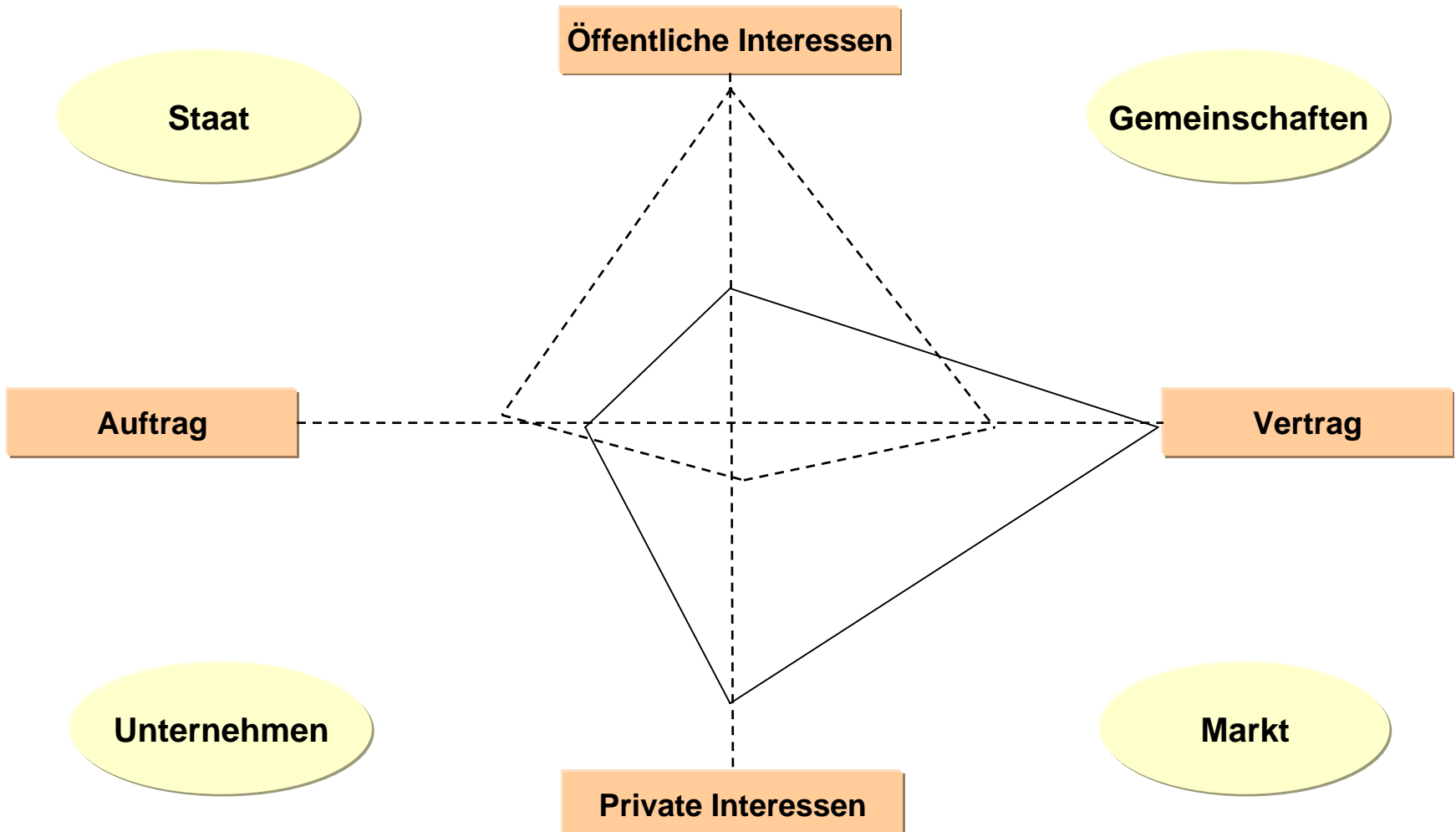
## Kürzung der Landesförderung = Privatisierung und Kommunalisierung der VHS-Finanzierung

in 1000 €



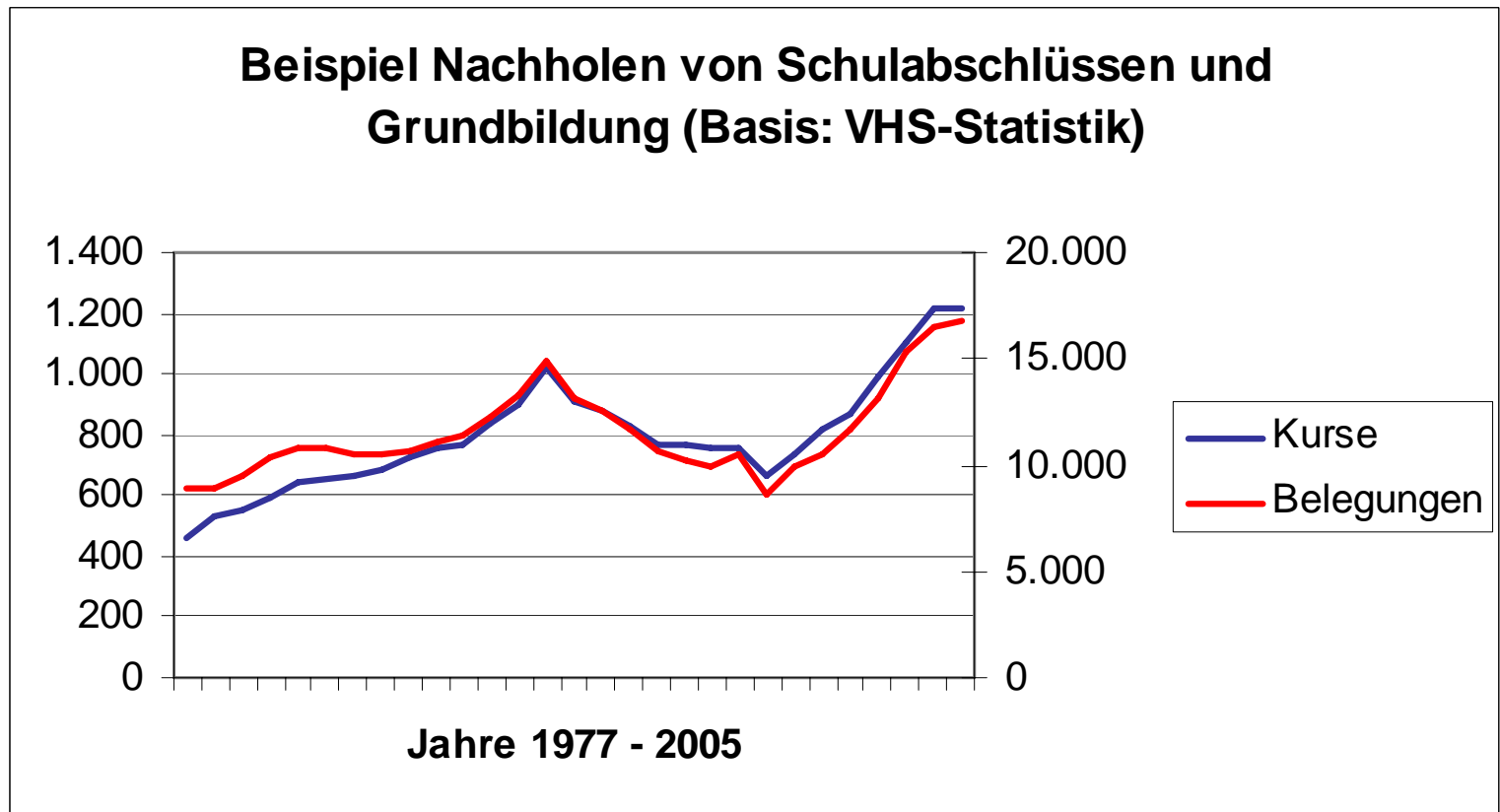


## Programmprofil einer VHS früher - heute





## Kürzung der Landesförderung = Verschärfung sozialer Selektivität?







## Kürzung der Landesförderung = Verschärfung sozialer Selektivität?

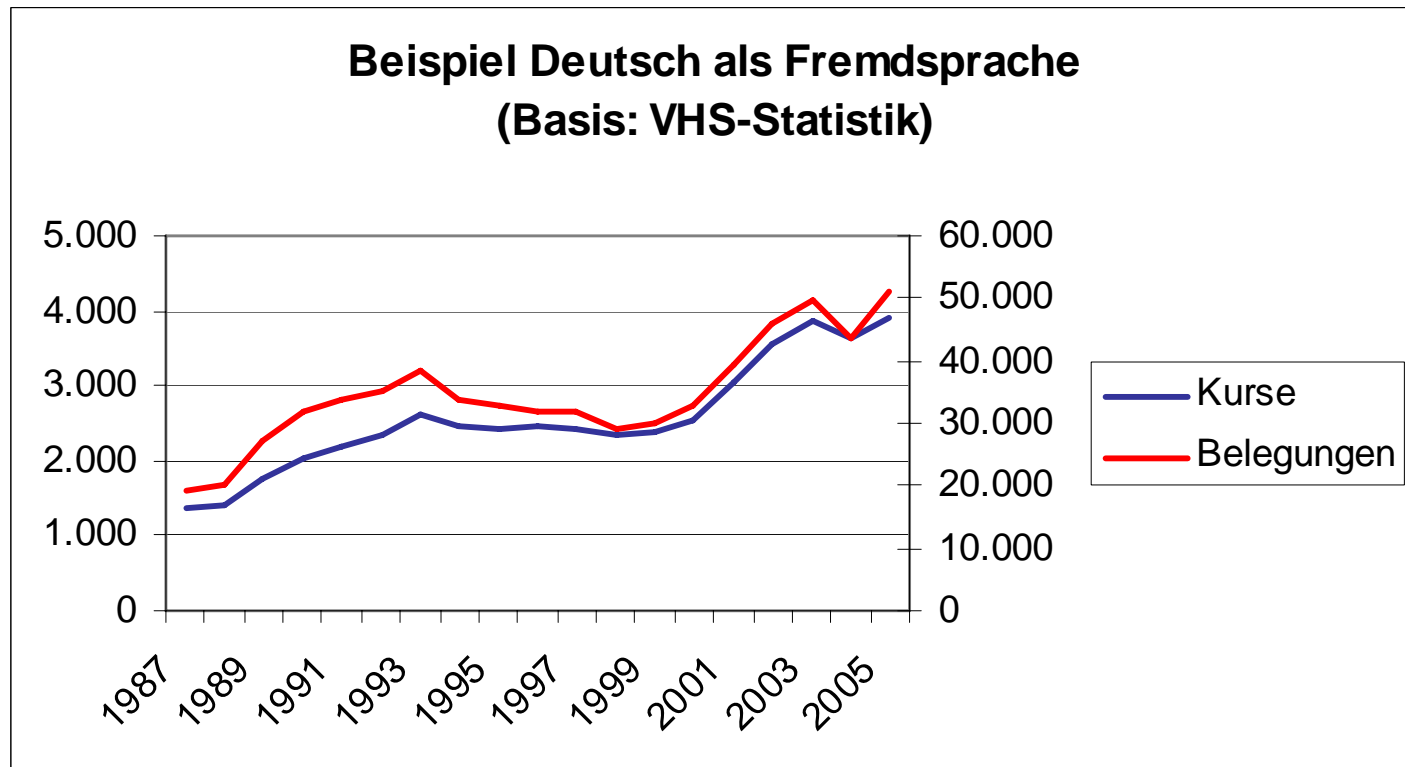
Tabelle 6.12: Teilnahme an Weiterbildung 1979 - 2000 nach beruflicher Qualifikation

<i>Berufliche Qualifikation</i>	Teilnahmequoten in %							
	1979	1982	1985	1988	1991	1994	1997	2000
<u>Weiterbildung insgesamt</u>								
Keine Berufsausbildung	12	11	9	18	18	19	24	19
Lehre / Berufsfachschule	21	27	22	32	33	39	45	40
Meister-, andere Fachschule	32	36	39	49	48	52	58	54
Hochschulabschluss	45	58	50	53	59	64	69	63
<u>Allgemeine Weiterbildung</u>								
Keine Berufsausbildung	10	10	11	14	13	15	19	12
Lehre / Berufsfachschule	16	20	15	20	20	24	29	24
Meister-, andere Fachschule	20	22	26	27	25	27	34	31
Hochschulabschluss	31	38	32	34	36	40	45	41
<u>Berufliche Weiterbildung</u>								
Keine Berufsausbildung	4	2	1	5	7	5	9	9
Lehre / Berufsfachschule	10	11	12	16	18	21	28	27
Meister-, andere Fachschule	20	19	24	32	34	36	42	42
Hochschulabschluss	24	36	27	34	39	43	48	43

Quelle: Berichtssystem Weiterbildung VIII

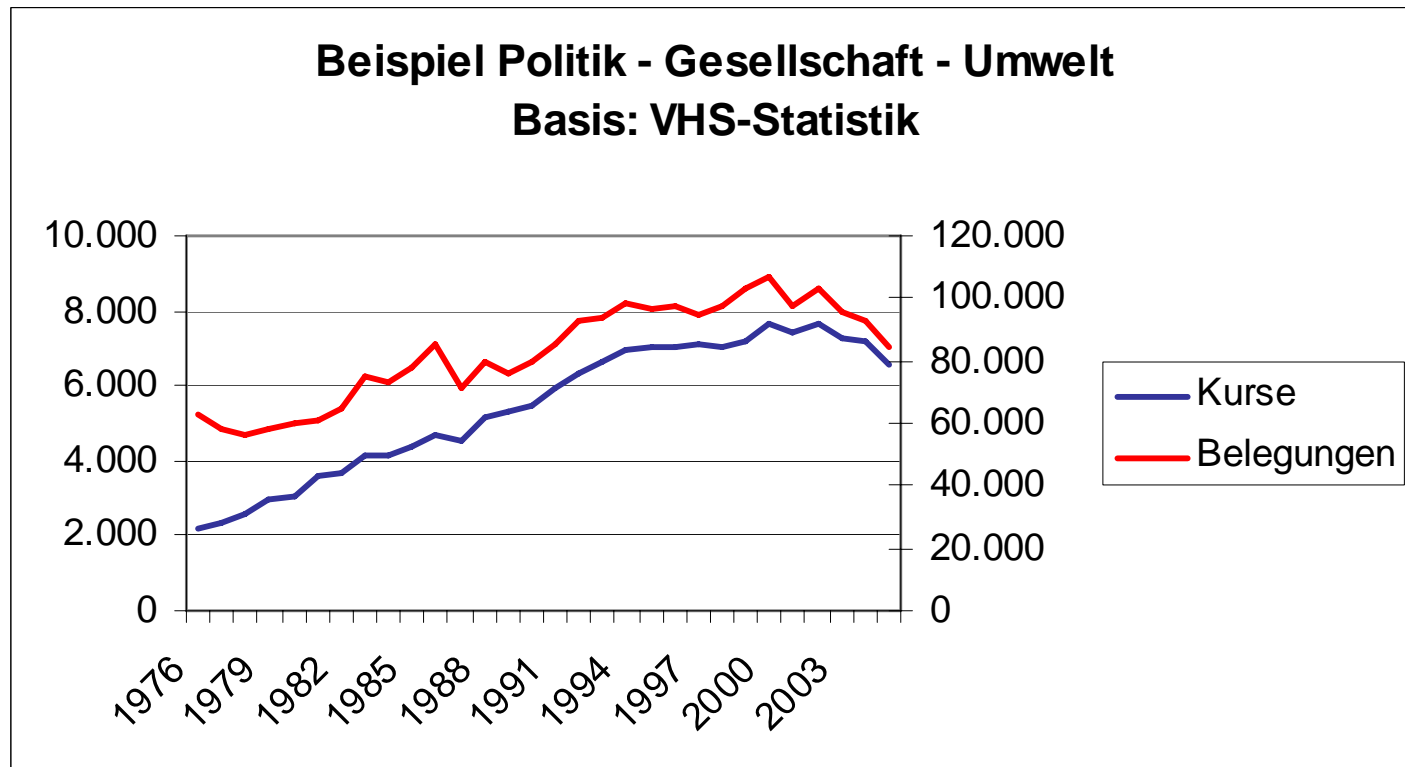


## Kürzung der Landesförderung = Verschärfung sozialer Selektivität?





## Kürzung der Landesförderung = Verschärfung thematischer Selektivität?





## **Kürzung der Landesförderung = Gefährdung der flächendeckenden Versorgung?**

- **Der Anteil der öffentlichen Mittel (Land und Kommune) an den Gesamthaushalten der einzelnen VHSen schwankt in Baden-Württemberg zwischen weniger als 10% und ca. 75%. (s. Pressemitteilungen des VHS-Landesverbandes). Die Weiterbildungsdichte schwankt zwischen ca. 40 und ca. 850 UE pro 1000 EW.**
- **Die Folgen für die flächendeckende Versorgung mit einem Grundangebot an Weiterbildung dürften erheblich sein, sind aber nicht belegt.**



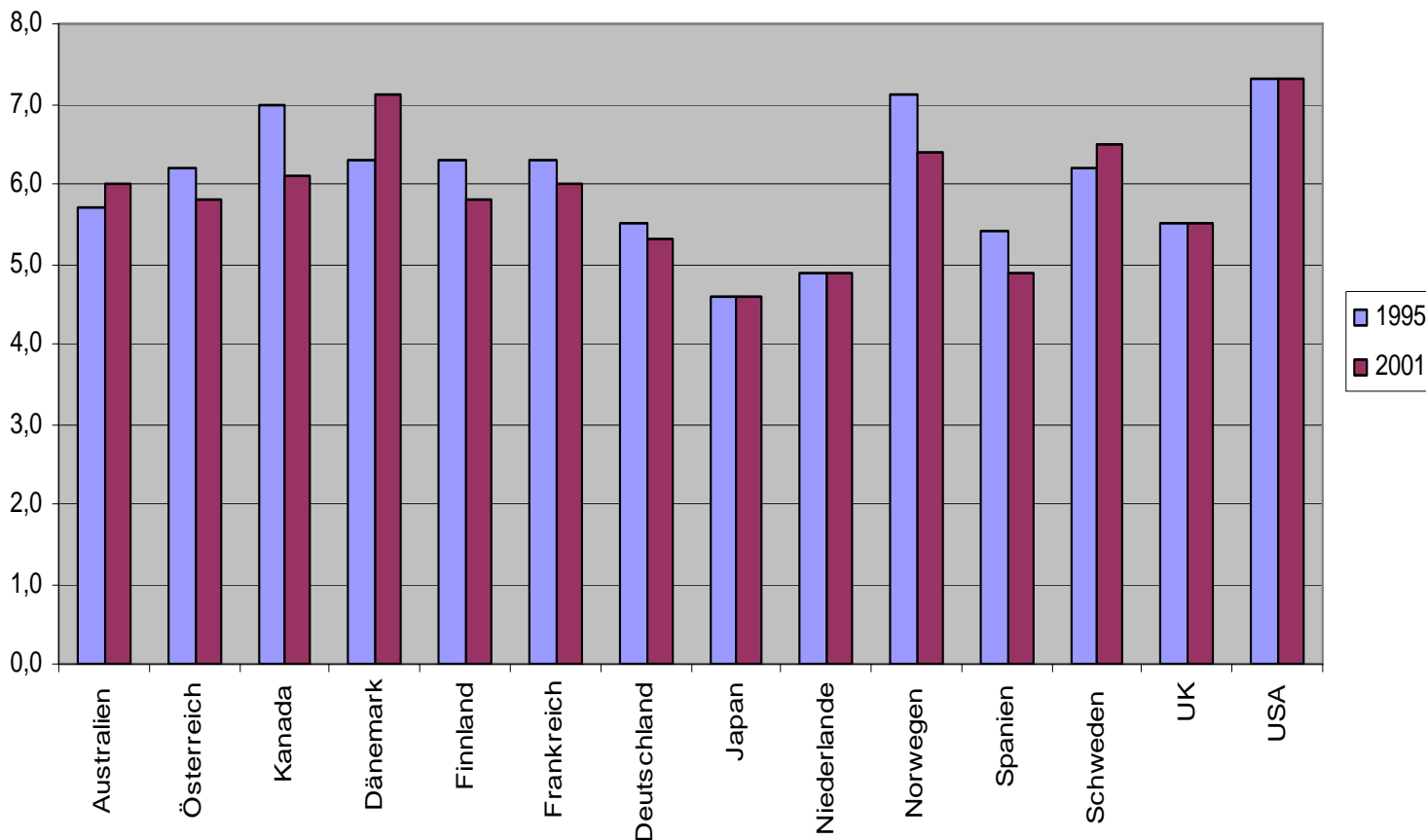
## Was ist zu tun bei einer öffentlichen Mit-Verantwortung für die Weiterbildung? Welche Mittel hat der Staat (Bund, Länder, Gemeinden), steuernd in die Weiterbildung einzugreifen?

- **Macht:** Gesetze, Haushaltsverordnungen, ...
- **Geld:** Institutionelle und Programm-Förderung
- **Wissen:** Bildungsberichterstattung, Statistiken, Evaluationen
  - Problem: Wissensdefizit über (Veränderungen in der) Weiterbildung
  - Bisher: Inputorientiert (Personal, Finanzen, Angebote, Teilnehmer usw., Bsp.: VHS-Statistik, BSW-Daten)
  - Zukünftig: Outputorientiert (Evaluation, Qualitätssicherung, PISA für Erwachsene durch OECD, International Adult Literacy Survey)

vgl. Helmut Willke, Steuerungstheorie



## Aufgabe: Ausgleich der Finanzierungsdefizite im internationalen Vergleich Bildungsausgaben (privat u. öffentlich) in % des BIP

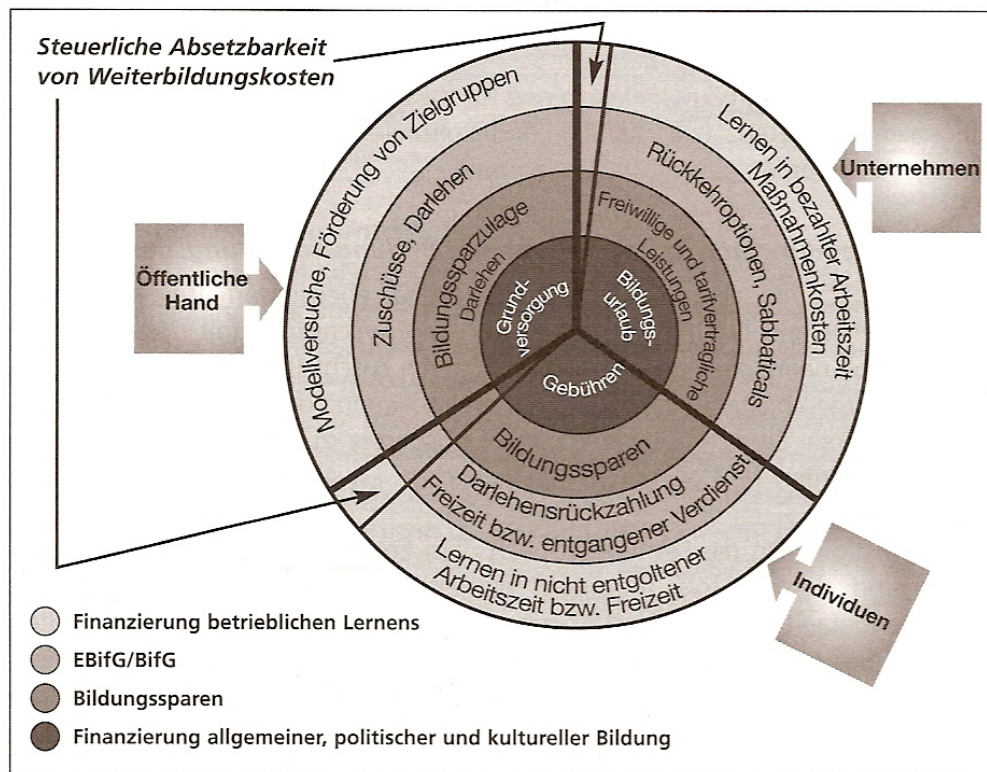


Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2004, S. 244



## Mittelfristige Perspektiven zum Ausgleich der Unterfinanzierung der Weiterbildung durch den Staat, die Träger, die Unternehmen und die Teilnehmenden

Abbildung 16: Kofinanzierung des Lebenslangen Lernens – Instrumente und Inputs der Akteure





# Steuerung durch Geld: Sicherung und Ausbau der Organisationen und Infrastrukturen

## •Sicherung der Organisationen

Kein lebenslanges Lernen ohne Infrastrukturen!

Vorschlag der Expertenkommission zur Finanzierung lebenslangen Lernens: Fester Prozentsatz des Haushalts bei Ländern und Kommunen.





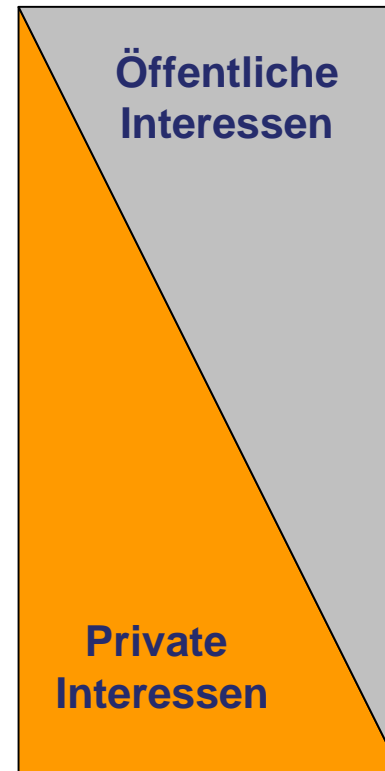


# Steuerung durch Geld: Förderung von Angeboten im öffentlichen Interesse

## •Programme

Sicherung nicht marktgängiger Angebote (= Angebote von besonderem öffentlichen Interesse)

Ziel: Konsens in „Großer Koalition“ statt Parteipolitik



Nachholen von Schulabschlüssen,  
Integrationskurse  
Politische Bildung

Fremdsprachen

EDV-Kurse

Kulturelle Bildung

Bildungsreisen

s. Expertenkommission Finanzierung lebenslangen Lernens

Anhörung der SPD-Landtagsfraktion, 10.11.2006